

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Nachmittag), 17. März 2022 / Jeudi après-midi, 17 mars 2022

2. Priorität – Direktion für Inneres und Justiz /
2^e priorité – Direction de l'intérieur et de la justice

121 2021.RRGR.213 Motion 144-2021 Schneider (Biel/Bienne, SVP)
Ausländische Fahrende: Kanton soll für entstandene Schäden haften

121 2021.RRGR.213 Motion 144-2021 Schneider (Biel/Bienne, UDC)
Gens du voyage étrangers : le canton doit répondre des dommages subis

Le président. L'affaire du point numéro 121 de l'ordre du jour : la motion de Mme la députée Schneider. Le débat est libre, le gouvernement propose le rejet de cette motion. Je laisse la parole à Mme la députée Schneider.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP), Motionärin. Leider haben sich in den letzten Jahren und insbesondere im vergangenen Jahr die illegalen Landnahmen im Seeland gehäuft. Letzten Frühling wurden rund ein Dutzend Gemeinden Opfer davon. Im Pieterlen fuhr beispielsweise eine Gruppe von ausländischen Fahrenden quer über eine Weide und verursachte einen Sachschaden von mehreren tausend Franken. Aber auch an anderen Orten wurden Schlösser aufgebrochen oder Abschrankungen kaputtgemacht. Die kantonale Politik hat sich bislang immer explizit für die Schaffung von Standplätzen für Fahrende ausgesprochen. Sie steht also mit in der Verantwortung, den Geschädigten bei der Begleichung entstandener Kosten beizustehen.

Le président. S'il vous plaît, Mesdames et Messieurs, encore un peu d'attention, par respect aussi pour l'oratrice. Merci.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP), Motionärin. Danke, Herr Präsident. Mein Vorstoss hat deshalb in drei Punkten Folgendes verlangt: Dass der Kanton alle direkten und indirekten Schäden durch illegale Landnahmen übernimmt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Kanton finanziell Rückgriff nehmen kann und dass die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Fahrzeuge und allfällige Gegenstände für die Begleichung der entstandenen Kosten sichergestellt werden können. Die Antwort des Regierungsrates interpretiere ich als Weigerungshaltung nach dem Prinzip: Man will es einfach nicht. Es gäbe doch durchaus die Möglichkeit, dass der Kanton die Verantwortung und somit auch die Kosten übernehmen könnte. Ich las gestern die Beantwortung der Anfrage von Frau FDP-Grossrätin Hess, die Fragen zur Zuständigkeit in Zusammenhang mit der Einhaltung von Umweltschutzvorschriften bei Arbeitstätigkeiten von Fahrenden gestellt hat. Auch hier antwortet der Regierungsrat zusammengefasst, die Gemeinden seien zuständig. Es kann einfach nicht sein, dass der Kanton fixe oder auch provisorische Transitplätze schafft, aber die Verantwortung bei Schadensfällen dann an die Gemeinden und Landbesitzer delegiert. Hier muss die Regierung dringend noch einmal über die Bücher und eine zufriedenstellende Lösung finden.

Ich bin deshalb bereit, meine Motion in ein Postulat zu wandeln, verlange von der Regierung aber, sich dieser Problematik bitte anzunehmen. Im Seeland rumort es schon genug. Es ist deshalb wichtig, dass der Kanton diese Problematik anpackt. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Le président. La motionnaire a transformé son intervention en postulat. Je laisse la parole aux groupes. Premier inscrit, le groupe UDC. Als Mitmotionär, je laisse la parole à M. le député Feuz comme comotionnaire.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Mitmotionär. Ich unterstütze als Mitmotionär selbstverständlich den Vorstoss. Sie haben gesehen: Wir haben ihn gewandelt. Jetzt ist etwas sehr wichtig: Schauen Sie sich einmal die Haftungsbestimmungen im Personalgesetz (PG) an. Ich habe einfach den Eindruck, hier gelte der alte Grundsatz: Will ich nicht, dann kann ich nicht. Wenn wir ein Postulat machen, bin ich der klaren Meinung, dass wir in Analogie zu den Bestimmungen des PG auch Bestimmungen im Sinn einer Billigkeitshaftung einführen können, damit man den Personen hilft, die von den Auswirkungen eines Standplatzes betroffen sind. Ich will mich nicht strafrechtlich verantwortlich machen, aber im Rahmen der bundesgerichtlichen Beurteilung hat man auf x Medienartikel hingewiesen, sei das SRF oder «20 Minuten», die auf die Problematik hingewiesen haben, dass es Landschaften gibt. Das Problem Notdurft ... Das sind Dinge, welche die Menschen betreffen. Das kann man nicht wegdiskutieren. Ich bin der Meinung, es kann nicht sein, dass die Personen, die dort wohnen, die Haftung tragen, den Schaden haben und sich damit auseinandersetzen müssen. Der Staat soll die Verantwortung übernehmen und dort einspringen.

Juristisch bin ich der Meinung, dass man hier eine Lösung findet. Will ich nicht, dann kann ich nicht, aber man kann es machen. Ich habe auf die Bestimmungen von Art. 100 PG hingewiesen. Man kann Lösungen finden. Dank der Wandlung in ein Postulat kann man das tun. Ich bin der Meinung, hier muss die Öffentlichkeit für die einspringen, die betroffen sind. Das ist nichts als gerecht. Sie sehen, die SVP setzt sich auch für die Kleinen ein. Danke für die Unterstützung.

Le président. La parole est aux groupes, s'il n'y a plus de comotionnaires. Ce n'est pas le cas. – Pour le groupe du Centre, M. le député Kohli.

Philip Kohli, Bern (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich mache es wirklich sehr kurz – mit einer Frage an Herrn Feuz, ob er denn der Meinung sei, dass bei Sachbeschädigungen durch Linksextreme, welche die Bewohner der Stadt Bern erleiden müssen, jetzt auch der Staat die Sachbeschädigungen bezahlen soll. Das macht einfach keinen Sinn. Entschuldigung, die Mitte ist dagegen, als Motion und ebenfalls als Postulat.

Le président. Pour le groupe PLR, M. le député Bohnenblust. – Je vous demande encore un peu d'attention, s'il vous plaît, nous n'avons pas encore tout à fait terminé. Même si vous êtes impatient de rentrer dans vos pénates.

Peter Bohnenblust, Biel/Bienne (FDP), Fraktionssprecher. Wir haben in der Fraktion nur eine Motion diskutiert und dazu gesagt, es sei an sich ein verständliches Anliegen. Aber einerseits fehlen die rechtlichen Grundlagen respektive gibt es sie für Ziffer 3 schon. Wenn die Motion in ein Postulat gewandelt wird, verlange ich eine separate Abstimmung über die drei Punkte. Ich kann aus dem Stegreif sagen, dass wir allenfalls Ziffer 2 als Postulat unterstützen können. Den Ziffern 1 und 3 werden wir nicht zustimmen.

Le président. Le groupe PLR demande de voter point par point. C'est ce que nous ferons à l'issue des débats. Je laisse encore le groupe PS-JS-PSA s'exprimer par la voix de M. le député Binggeli.

Vinzenz Binggeli, Biel/Bienne (SP), Fraktionssprecher. Ich muss eigentlich auch nicht viel erzählen. Trotzdem kurz als Rekapitulation: Aufgrund eines in der Schweizer Verfassung verankerten Diskriminierungsverbots sowie des Prinzips der Gleichbehandlung und der Personenfreizügigkeit steht der Kanton Bern in der Pflicht, auch den Bedürfnissen von ausländischen Fahrenden nachzukommen. Das hat nichts damit zu tun, dass sich der Kanton spontan auf die Fahne geschrieben hat, plötzlich Transitplätze zu schaffen oder nicht. Es ist seine Pflicht, auch wenn die Motionärin beziehungsweise neuerdings die Postulantin das gerne andeuten möchte. Ich muss eigentlich nicht wie-

derholen, was der Regierungsrat oder meine Vorredner zur gesetzlichen Grundlage gesagt haben. Das haben Sie hoffentlich alle selbst nachgelesen. Ich möchte den Motionären und Motionärinnen empfehlen, es sich vor dem nächsten populistischen Vorstoss auch noch anzuschauen.

Definitive und provisorische Transitplätze ermöglichen einen geregelten Aufenthalt und verhindern eben gerade illegale Landnahmen. Anstatt sich über einen Transitplatz zu enervieren, helfen Sie besser in Ihren Gemeinden und mit dem Kanton mit, dass wir mehr solche Plätze schaffen. Dann haben wir auch weniger Probleme. Unsere Fraktion hat bei diesem Vorstoss aber allgemein das Gefühl, dass es eher eine Trotzreaktion wegen der verlorenen Abstimmung über den Transitplatz Wileroltigen ist. Sei es die Bevölkerung oder kürzlich auch das nationale Gericht – es wird nicht mehr goutiert, dass die SVP oder einige Exponenten und Exponentinnen ihre Politik auf dem Rücken von Fahrenden betreiben. Die Fraktion SP-JUSO-PSA empfiehlt analog zum Regierungsrat, die Motion beziehungsweise das Postulat klar abzulehnen. Jedenfalls hoffe ich, der Regierungsrat tut es auch.

Philippe Messerli, Nidau (EVP), Fraktionssprecher. Unerwünschte oder illegale Landnahmen durch ausländische Fahrende sind gerade bei uns im Seeland immer wieder ein grosses Thema und für die betroffenen Gemeinden und Grundeigentümer und -eigentümerinnen, die von Schäden betroffen sind, natürlich nicht sehr erfreulich. Wir verstehen deshalb auch den Missmut, der gerade auch von den Motionärinnen und Motionären geäussert wird. Aber die vorgeschlagenen Lösungen sind nicht umsetzbar. Die Regierung hat es eigentlich gut begründet. Eine Staatshaftung ist in diesen Fällen nicht möglich, und die Konfiskation von Fahrzeugen und Gegenständen ist nur bedingt möglich. Die einzige Alternative, die wirklich wirkt, ist eben die Schaffung von Transitplätzen und Plätzen, zu denen die Fahrenden dann eben können, ohne dass Dritte und Private zu Schaden kommen. Es ist ein wenig bezeichnend: Gerade die Seite der Motionäre sind dieselben Personen, die sich immer wieder auch gegen die Schaffung solcher Transitplätze wehren. Deshalb: Arbeiten wir alle daran, dass wir genügend solche Transitplätze schaffen können, damit die Fahrenden eben nicht in die Illegalität abgetrieben werden. Nur so, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, können wir das Problem lösen. In diesem Sinn lehnt die Mehrheit der EVP-Fraktion das vorliegende Postulat ab.

Michael Ritter, Burgdorf (glp), Fraktionssprecher. Aus Sicht der grünliberalen Fraktion ist dieser Vorstoss missglückt. Eine Ausweitung der Staatshaftung, wie sie hier vorgeschlagen wird, wäre sehr willkürlich. Es ist abwegig, dass der Steuerzahler die Übernahme von Schäden durch Delikte bezahlen soll. Es ist aus unserer, aus meiner Sicht übrigens auch, nicht bürgerlich. Wir verweisen hierzu auf die überzeugenden Darlegungen des Regierungsrates. Andere Forderungen sind durch das Strafrecht oder das Zivilrecht auf Bundesebene geregelt. Es besteht kaum die Möglichkeit, hier einzugreifen. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorstoss auch als Postulat ab. Es wurde bereits punktweise Abstimmung verlangt. Falls ein Punkt überwiesen wird, stelle ich den Antrag auf Abschreibung. Eine Ablehnung ist allerdings ehrlicher. Denn den Antrag auf Abschreibung stelle ich einfach deshalb, weil die Umsetzung aus unserer Sicht gar nicht oder kaum möglich ist.

Ich möchte ein etwas versöhnlicheres Schlusswort wählen. Ich ging eigentlich davon aus, dass solchen Vorstössen immer eine Problemwahrnehmung zugrunde liegt. Das ist hier schon der Fall. Es geht um Eingriffe in das Grundeigentum, die auch straf- und zivilrechtliche Konsequenzen haben. Doch der Lösungsvorschlag der Urheber ist einfach nicht brauchbar. Denn für solche Vorfälle hat man die Polizei und Justiz. Wenn die Meinung der Vorstossenden, die hier tätig wurden, ist, dass das nicht klappt und die Polizei nichts tut, wäre es das, was man monieren müsste. Das wird aber gar nicht behauptet, vielmehr versucht man, irgendwie das Problem über eine Ausweitung der Staatshaftung in den Griff zu bekommen. Dem kann man nicht zustimmen, und ich empfehle dem Rat dementsprechend die Ablehnung auch als Postulat.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Fraktionssprecher. Wir von der Fraktion Grüne sind auch gegen illegale Landnahmen und gegen illegal liegengelassenen Müll, und das überall, auch entlang von Strassen. Aber wir sind für den Bau des Transitplatzes Wileroltigen. Nur, dass wir offi-

zielle Transitplätze haben, hilft gegen illegale Landnahmen. Denn dann hat der Kanton auch die Chance, eine Hausordnung zu machen und kann diese Personen wegweisen, wenn sie sich nicht an die Hausordnung halten wollen. Wir sind gegen dieses Postulat und unterstützen, falls es angenommen wird, klar die Abschreibung.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion hat Sympathien für dieses Anliegen. Die bestehenden Probleme gibt es seit mehreren Jahren. Das wissen wir, und es wird hier im Rat auch immer wieder diskutiert. Diese Probleme wird es wahrscheinlich auch noch ein paar Jahre länger geben, zumindest bis hoffentlich mit genügend Transitplätzen entsprechende Lösungen bereitstehen. Wer von uns haftet schon gerne für einen Schaden, den wir nicht selber verursachen und den wir auch nicht auf den Verursacher abwälzen können? Insofern verstehen wir das Anliegen wirklich und sind offen dafür, dass man prüft, ob der Kanton in einem gewissen Mass mit gewissen Entschädigungen zur Lösung dieser Probleme beitragen kann. Man müsste aber sicher auch aufpassen, dass nicht komische oder schlechte finanzielle Anreize geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass es eine Vollkasko mentalität gibt, die zu grosszügig angewendet wird. Das wäre nicht zielführend. Die juristischen Fragen kann man, wie wir gehört haben, so oder so sehen. Wir sind keine Experten, denken aber, dass verschiedene Experten diese Diskussion sicher weiterführen können. Für die EDU-Fraktion macht es deshalb Sinn und ist zielführend, wenn wir die Forderungen dieses Vorstosses als Postulat überweisen. Wir sind dankbar, dass gewandelt wurde, und empfehlen, diesen Prüfauftrag anzunehmen.

Le président. J'ai oublié de préciser tout à l'heure que le classement avait été demandé au cas où les points étaient acceptés sous la forme d'un postulat. Dernier groupe à s'exprimer, le groupe UDC, par la voix de M. le député Freudiger.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP-Fraktion macht Ihnen beliebt, dem Vorstoss zuzustimmen, insbesondere auch als Postulat. Grundsätzlich geht es ja nicht um die Frage, ob man einen Transitplatz will oder nicht. Verschiedene Vorredner haben versucht, eine Transitplatz-Revival-Diskussion zu lancieren. Das ist es eigentlich nicht. Über den Transitplatz haben wir abgestimmt, und das Planungsverfahren wurde eingeleitet. Wir haben, glaube ich, gehört, dass es sogar kurz vor der Genehmigung steht. Also, diesen Transitplatz haben wir, das steht nicht zur Diskussion. Die Frage ist eher, was passiert, wenn es trotz Transitplatz noch zu Schäden kommt. Es ist ja nicht so, dass man, nur weil man einen Transitplatz gebaut hat, eine Garantie hat, dass es nicht mehr zu Verunreinigungen oder Schädigungen kommt. Dieses Risiko besteht nach wie vor. Namentlich für diesen Fall schwebt den Motionären respektive den Postulantinnen eine Art Staatshaftung vor.

Wir sind eigentlich etwas optimistischer als die Regierung, was die Umsetzung betrifft. Die Staatshaftung wird in Art. 71 der Verfassung des Kantons Bern (KV) erwähnt, und es wird insbesondere erwähnt, dass es auch möglich ist, im Sinn einer Billigkeitshaftung für Schaden einzustehen, der durch nicht rechtswidriges Handeln entstand. In Art. 71 Abs. 3 wird zudem darauf hingewiesen, dass das Gesetz die Voraussetzungen näher umschreibt. Mit anderen Worten hat der Gesetzgeber eine gewisse Autonomie, wie eng oder wie weit er das Korsett fassen will. Wir würden begrüßen, dass sich die Regierung dieser Frage näher annimmt. Wir haben vorhin auch gehört, man sei aufgrund von Konventionen verpflichtet, entsprechende Vorkehrungen für Fahrende und auch ausländische Fahrende zu treffen. Wenn es so ist, dann ist es eben erst recht wichtig, dass Private wenigstens dort schadlos gehalten werden, wo sie ohne Schuld zu Schaden kommen und ihre Dinge zerstört werden. Wir wollen, dass die Regierung diesen Punkt weiter prüft und bitte Sie, das Postulat anzunehmen.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Einzelsprecher. Der Vorstoss von Grossrätin Schneider beginnt an sich schon in der Begründung ganz falsch oder mit einem falschen Narrativ. Es wird gesagt, seit der Kanton Bern versuche oder dabei sei, Standplätze zu machen, hätten wir Probleme mit ausländischen Fahrenden. Das ist überhaupt nicht so. Es ist genau umgekehrt. Wir versuchen, mit dem In-

strument der Standplätze ein Phänomen in den Griff zu bekommen, das seit einigen Jahren besteht. Das zeigen insbesondere die Erfahrungen mit dem Platz Wileroltigen, den man provisorisch noch weiter betreibt. Wenn man mit den Polizeivertretern spricht, dann sagen sie deutsch und deutlich: «Das Instrument in Wileroltigen hilft uns. Wir können unsere Arbeit in dieser Thematik besser erfüllen.»

Ich glaube, dass es zu einer Ablehnung des Postulats kommen wird. Ich möchte bloss sagen, dass es natürlich auch andere Rezepte gibt. Ich möchte das auch zuhänden der Motionärinnen oder Postulantinnen und Postulanten sagen. Ich glaube, es wird wichtig sein, dass man auf allen Standplätzen, die wir im Kanton Bern schaffen können und schaffen werden, das Instrument der Kautio einsetzt. Das heisst, dass man, wenn Gruppen von Fahrenden kommen, zu Beginn des Aufenthalts eine Kautio von ihnen verlangt, die sie hinterlegen müssen. Diese Kautio erhalten sie dann zurück, wenn sie den Standplatz danach korrekt und sauber wieder übergeben. Weil ich auch entsprechende konkrete Erfahrung aus der Zeit habe, als ich für die Stadt gearbeitet habe, bin ich überzeugt, dass das Instrument der Kautio dazu führen wird, dass die Fahrenden die Standplätze in ihrem eigenen Interesse einigermassen sauber und anständig zurücklassen werden, weil sie die Kautio zurückwollen.

In meiner fernen beruflichen Vergangenheit, als ich Generalsekretär der Stadt Bern war, musste ich mich um den Standplatz für Fahrende im Neufeld kümmern. Wir hatten zu Beginn auch Schwierigkeiten, weil einfach alles verdreckt zurückgelassen wurde. Als wir das Momentum einführten, dass eine Barriere aufgeht, sobald die Kautio hinterlegt ist, und das Geld zurückgegeben wird, wenn man den Platz anständig hinterlässt, hatte die Stadt Bern Ruhe und die Plätze wurden mit ordentlichen Bedingungen zurückgelassen. Dies als versöhnlicher Ton und Gegenvorschlag an die Postulantinnen und Postulanten. Es gibt Instrumente, wie man das beschriebene Phänomen, das ich nicht bestreiten will, in den Griff bekommen kann.

Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Einzelsprecher. Ich wurde vorhin von Philip Kohli angesprochen. Deshalb trete ich noch einmal nach vorne. Ich muss es deutlich sagen: Sie haben vorhin alle gesagt, man brauche mehr Standplätze im Kanton Bern. Aber wenn Sie das wollen, dann müssen Sie den Personen, die in der Umgebung besonders darunter leiden, eben entgegenkommen und dafür sorgen, dass sie nicht auf den ungedeckten Kosten sitzen bleiben. Das ist genau das Problem. Es geht nicht gegen Wileroltigen. Das hat auch Patrick Freudiger vorhin in aller Klarheit gesagt. Es geht darum, dass die Personen eine Entschädigung erhalten, die unter den Auswirkungen eines Standorts leiden. Mit der Möglichkeit, dass wir einen Ausgleich im Sinn des Sonderopfers haben, kann man das machen. Ich gehe davon aus, dass der Widerstand an anderen Orten etwas kleiner wird, wenn man das hat und weiss: «Für die Wiese, die sie verdreckt haben, erhalte ich einen Beitrag, wenn die weg sind und man sie nicht belangen konnte.» Aber genau das ist der Punkt. Wenn Sie den Personen, die dort wohnen ..., dann kann ich Ihnen garantieren, dass jeder Standplatz angefochten wird und wir genau die Entwicklung haben, von der man vorher beim Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) gesagt hat: Je länger man prozessiert, desto länger hat man es eben nicht bei sich.

Stimmen Sie deshalb im Sinne der Versöhnung der Sache zu. Es ist ein Postulat, das alles offenlässt, damit man die nötigen gesetzlichen Grundlagen schaffen kann. Stichwort Sonderopfer, ein Begriff aus dem materiellen Enteignungsrecht. Da gibt es Truppenmanöver. Ich habe es mir vorhin angeschaut, googeln oder lesen Sie es bei Wikipedia. Es gibt die Sonderopfertheorie auch in der Schweiz. Ich will Sie nicht den ganzen Abend lange damit belästigen. Aber lärmige Bundeswehrmanöver in Deutschland, die legal sind, und unter denen viele Menschen leiden, erfüllen genau diesen Tatbestand, und das hier ist auch genau ein solcher Tatbestand. Deshalb: Stimmen Sie dem Postulat zu, um den Menschen im Seeland zu helfen – darin war die Mitte bisher stark – und einen gewissen Ausgleich machen zu können. Das von der Reithalle nehme ich gerne auf. Auch da bin ich der Meinung, dass man das Nötige tun sollte, wenn der Staat nicht eingreift. Wenn ich wieder im Grossen Rat bin, werde ich am Thema dranbleiben.

Vizepräsident. Ich sehe keine weiteren Sprecher. Dann hat Frau Regierungsrätin das Wort.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Wir haben gerade eben Grossrat Feuz von Tatbeständen sprechen hören. Daran knüpfe ich an. Das, was Grossrätin Schneider verlangt oder adressiert, ist eine Problematik, die wir durchaus kennen. Aber, um anzuknüpfen: Der Tatbestand der Staatshaftung ist nicht gegeben. Es sind keine Staatshaftungsfälle. Deshalb gibt es hier auch keine Möglichkeit, über die Staatshaftung und in einem zweiten Schritt über eine Billigkeitshaftung oder einen Regress auf die, die den Schaden verursacht haben, Hilfe zu leisten. Es ist schlicht nicht der richtige Ansatz. Aber ich denke, es ist schon heute möglich, dass die geschädigte Person allfällige Schadenersatzansprüche auf dem zivilrechtlichen oder auch auf dem strafrechtlichen Weg geltend machen kann. Das wird häufig nicht gemacht, entweder, weil das Wissen fehlt oder es zu kompliziert ist. Um auf dem richtigen rechtlichen Weg Unterstützung zu leisten, hat die Regierung gerade vor kurzem eine neue Koordinationsstelle Fahrende beschlossen. Wir bauen sie zurzeit auf, sie soll noch diesen Sommer operativ werden und helfen, genau solche Fragen zu klären und Betroffenen von unerwünschten Landnamen Unterstützung bieten, um mit der Situation umzugehen, die zugegebenermassen oft sehr schwierig ist.

Die Lösung ist also nicht einzig, einen Transitplatz zu schaffen. Das machen wir auch. Aber es braucht auch die Unterstützung von Gemeinden, von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern in solch schwierigen Situationen. Einerseits muss man die Anzahl Situationen und Schäden reduzieren. Das schaffen wir, indem wir geregelte Zustände auf ordentlichen Plätzen schaffen. Der Transitplatz Wileroltigen ist sicher der richtige Weg. Andererseits müssen wir Unterstützung in Fällen bieten, in denen nicht auf einem Transitplatz haltgemacht wird, sondern an irgendeinem abgelegenen Ort, an dem das unerwünscht ist und es zu Schäden kommt. Da gibt es rechtliche Möglichkeiten, aber nicht über die Staatshaftung. Dieser rechtliche Weg führt in die Irre, und deshalb bitte ich Sie, den Vorstoss abzulehnen.

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président reprend la direction des délibérations.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 121 de l'ordre du jour. Une motion transformée en postulat, nous allons voter point par point : les député-e-s qui acceptent le chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.213: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	46
Nein / Non	91
Enthalten / Abstentions	4

Le président. Vous avez rejeté ce chiffre sous la forme d'un postulat.

Chiffre 2 : les député-e-s qui acceptent ce chiffre 2 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.213: Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	73
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez également rejeté ce chiffre 2 sous la forme d'un postulat.

Chiffre 3, le dernier, également sous la forme d'un postulat : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.213: Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	49
Nein / Non	89
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez également rejeté ce chiffre sous la forme d'un postulat.